

Thomas Huschenbeck

Von: Josef Goeppel [josef.goeppel@bundestag.de]
Gesendet: Donnerstag, 8. März 2012 11:50
An: Hans Stanglmair
Betreff: Re: Angriff auf die Photovoltaik

Sehr geehrter Herr Stanglmair,

den Vorschlag der beiden Minister zur Kürzung der Solarförderung halte ich nicht für akzeptabel. Ich setze mich deshalb für weitgehende Änderungen ein.

Erste Anpassungen konnte ich gemeinsam mit Kollegen bereits erreichen. Am 6. März wurde von den Regierungsfractionen ein Entwurf in den Bundestag eingebracht, der bereits eine andere Übergangsregelung vorsieht. Freiflächenanlagen, die bis 1. März 2012 einen Aufstellungsbeschluss hatten, können bis 1. Juli nach dem geltenden Gesetz fertig gestellt werden. Für Dachanlagen wird die Änderung erst ab 1. April greifen. Bis dahin soll weiterhin die kaufmännische Inbetriebnahme gelten, die keine vollständige Installation erfordert. Die geltenden Bestimmungen im Detail finden Sie hier im Beschluss der EEG-Clearingstelle: http://www.clearingstelle-eeq.de/files/2010-1_Hinweis.pdf.

Im parlamentarischen Verfahren wird es darüber hinaus noch weitere Änderungen geben. Mein Vorschlag einer Förderung von Speichern hat bereits die Unterstützung der CSU-Landesgruppe gefunden. Außerdem sollen Photovoltaik-Wechselrichter, die auch nachts zur Spannungsstabilisierung im Netz beitragen, einen Anreiz erhalten.

Das Gesetz soll am 29. März vom Deutschen Bundestag endgültig verabschiedet werden. Sie können sicher sein, dass ich mit aller Kraft gegen ein Zurückdrehen der Energiewende vorgehe.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Göppel

Josef Göppel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltobmann der CDU/CSU Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. +49 (0) 30 227-77374
Fax +49 (0) 30 227-76373

E-Mail: josef.goeppel@bundestag.de
www.goeppel.de.

Bitte denken Sie an die Umwelt bevor Sie diese e-Mail ausdrucken.
Please consider the environment before printing this email.

Hans Stanglmair schrieb:
Sehr geehrter Herr Abgeordneter Göppel!

Wir Solarfreunde Moosburg setzen uns als Solarinitiative seit vielen Jahren mit großem Engagement für die Energiewende ein, nämlich für die Umstellung unseres Energiebedarfs auf 100% Erneuerbare Energien. Leider musste erst die nukleare Kernschmelze von Fukushima (11.03.2011) passieren, damit die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2011 ihre Atompolitik aufgaben und umsteuerten. Dieser Schritt war - im Hinblick auf die politische Glaubwürdigkeit - sicherlich nicht leicht. Umso fassungsloser verfolgen wir daher die aktuellen Angriffe auf die Photovoltaik. Steht etwa schon wieder eine Wende rückwärts bevor? Vor allem die FDP (Rösler, Brüderle, Zeil) überschlägt sich mit immer

abstruseren Forderungen, aber auch in der CSU und CDU sind zahlreiche Hardliner aktiv. Bei genauerer Betrachtung des Eckpunktepapiers von Herrn Rösler und Herrn Röttgen vom 23.02.2012 zur Änderung des EEG wird schnell klar, dass damit ein Doppeleffekt beabsichtigt ist:

Einerseits soll der Photovoltaik mit der erneuten radikalen Absenkung der EEG-Vergütung um bis zu 45% bereits ab (9. März) 1. April diesen Jahres sowie mit entsprechenden Folgekürzungen extrem verschlechtert werden, gerade noch rechtzeitig bevor Solarstrom die Netzparität erreicht und so billig wird, dass er keine staatliche Unterstützung mehr braucht.

Andererseits sollen die Bürger so lange verunsichert werden, bis sie aufhören, weiterhin in so großer Zahl in diese bürgernahe Technik zu investieren. Bereits mehr als 1 Million PV-Anlagen bedeuten auch mehrere Millionen Bürger/Wähler quer durch die Gesellschaft, die diese Anlagen besitzen und ihre Energieversorgung in eigene Hände genommen haben.

Viele Bürger wollen weiterhin in PV investieren, doch die Politik stellt sich quer: Der Zubau soll sofort auf die Hälfte und bis 2017 auf ein Fünftel von 2011 gedrosselt werden. Ziel ist also offensichtlich nicht, die Photovoltaik billiger zu machen, sondern den weiteren Zubau zu unterbinden.

Begründet werden die Angriffe mit der Sorge um stabile Strompreise, die angeblich v.a. durch den starken PV-Zubau und die deswegen steigende EEG-Umlage gefährdet seien. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen (Prof. Dr. Leprich, IZES, Jan. 2012^[1]) belegen jedoch, dass die PV zu einer spürbaren Dämpfung der Strompreise führt, die derzeit allerdings nicht den

Verbrauchern, sondern dem Stromhandel und der Industrie zu Gute kommt. Die im EEG vorgeschriebene Berechnungsweise führt sogar zu dem paradoxen Effekt, dass die EEG-Umlage umso mehr steigt, je stärker die Preisdämpfung ausfällt. Obendrein wird die EEG-Umlage durch immer neue gesetzliche Sonderbelastungen aufgebläht, auch im aktuellen Rösler/Röttgen-Papier. Wenn man die Haushalte bei der EEG-Umlage tatsächlich entlasten will, wäre es notwendig,

bei der Berechnung die preissenkende Wirkung der Photovoltaik zu berücksichtigen, weniger (statt immer mehr) Betriebe von der EEG-Umlage zu befreien und Kosten treibende Sonderregelungen abzuschaffen.

Mittelfristig wird unsere Volkswirtschaft durch die Photovoltaik sogar deutlich entlastet, da Rohstoffkosten weitgehend entfallen: Die Sonne schickt uns keine Rechnung!

Wir fragen uns, wie es wohl der deutschen Wirtschaft ginge, wenn der große PV-Zubau 2011 nicht stattgefunden hätte? Während der extremen Kältewelle Anfang Februar hat die PV allem Anschein nach Deutschland vor einem großflächigen, evtl. sogar längeren Blackout bewahrt. Die PV hat in diesen wenigen Tagen höchstwahrscheinlich schon mehr volkswirtschaftliche Schäden verhindert als die gesamte EEG-Förderung im Jahr 2012 ausmacht.

Das Vorhaben der Minister Rösler und Röttgen wäre allein deshalb ein großer politischer Fehler! Zudem wird es zahlreiche Firmen und Handwerker aus der Solarwirtschaft in die Insolvenz treiben und mehrere Zehntausend Arbeitsplätze kosten. Wollen Sie das? Können Sie das verantworten?

Wir appellieren an Sie als Abgeordneten des Bundestags:

Stimmen Sie dem Vorschlag der Minister Rösler und Röttgen nicht zu!

Teilen Sie uns Ihre Haltung zum Rösler/Röttgen-Papier mit!

Da bereits in Kürze der Bundestag abstimmen soll, bitten wir bis zum 15. März um Ihre Antwort. Wir wollen anschließend unsere Mitglieder, die regionalen Betreiber von PV-Anlagen und die Presse darüber informieren, auch für den Fall, dass wir keine Antwort erhalten sollten.

Für die Zukunft bieten wir allen Parteien, die es ernst meinen mit einer echten, vollständigen Energiewende, auch weiterhin unsere Unterstützung an. Gemeinsam können wir es schaffen, die zweifellos noch bestehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Mit freundlichen Grüßen!

Solarfreunde Moosburg e.V.

Hans Stanglmair

1.Vorsitzender

Haydnstr. 6

85368 Moosburg

Tel: 08761/9870

E-Mail: anfrage@solarfreunde-moosburg.de

Web: www.solarfreunde-moosburg.de

^[1] IZES-Kurzgutachten: „Kurzfristige Effekte der PV-Einspeisung auf den Großhandelsstrompreis“:
www.solarwirtschaft.de/fileadmin/media/pdf/izes_kurzgutachten_pv.pdf

eMail ist virenfrei.

Von AVG überprüft - www.avg.de

Version: 2012.0.1913 / Virendatenbank: 2114/4858 - Ausgabedatum: 08.03.2012